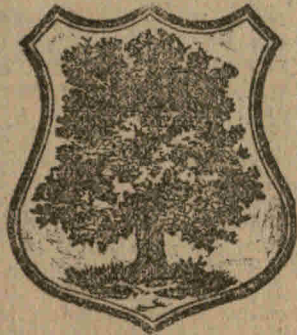


# Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

## Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von  
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.  
Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank  
Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank,  
Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

## Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.  
Bezugspreis vierteljährlich 9.30, monatlich 3.10 M. frei Haus.  
Preis der einpaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt  
und Kreis Waldenburg 50 Pfg., von auswärts 60 Pfg.,  
Reklameteil 1,50 M.

## Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

### Der demokratische Gedanke und die Koalitionsregierung.

Von Professor L. Duidde,  
Mitglied der Nationalversammlung.

Demokratie bedeutet Selbstregierung des Volkes, nicht einem formalen Prinzip zu Liebe, sondern um des sachlichen Inhalts willen. Die gesamten Interessen des Volkes und aller seiner Stände sollen zur Geltung kommen; die Selbstregierung soll die Möglichkeit gewähren, sie gleichmäßig nebeneinander zu vertreten und unter einen möglichst starken Schutz der Gemeinschaft zu stellen.

Demokratie bedeutet auch Regierung nach dem Mehrheitswillen des in voller Freiheit befragten und durch seine gewählten Vertreter handelnden Volkes. In der Demokratie muß sich die Minderheit der Mehrheit unterwerfen, nicht weil die Mehrheit Recht und die Minderheit Unrecht hätte, sondern weil auf anderem Wege eine friedliche Entscheidung von Streitfragen nicht möglich ist. So hat die Unterwerfung unter den Mehrheitswillen oft einer Minderheit ankommen mag, sie hat die Möglichkeit, auf friedlichem Wege zur Mehrheit zu werden, und sie muß sich damit bescheiden.

Die Demokratie erfordert die Bildung großer geschlossener Parteien. Wenn möglich, soll die Regierung von einer einheitlichen Partei, die die unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten verschiedener Richtungen in ihrem eigenen Schoße ausgeglichen hat, getragen werden, so daß ein einheitlicher Wille die Regierung beherrscht. Halbloses Schwanken und fortwährendes Labieren ist nur zu leicht das Ergebnis, wenn verschiedene Parteien sich zur Bildung einer Regierung vereinigen und diese genötigt ist, auf einander widerstrebende Willensrichtungen Rücksicht zu nehmen. Koalitionsregierung ist also nur ein Notbehelf. Über dieser Notbehelf kann das zwingende Gebot einer politischen Lage, die einzige Rettung aus sonst unüberwindlichen Gefahren sein.

Aus den Wahlen zur Nationalversammlung war keine geschlossene Mehrheitspartei hervorgegangen. Es ergab sich die Notwendigkeit, verschiedene Parteien zur Bildung einer Regierungsmehrheit zusammenzufassen, also die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung. Sollte die Koalitionsregierung nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, so mußte sie von einem einheitlichen Gedanken getragen werden. Es gab zwei große Gegensätze, die die Versammlung bestritten und nach denen man die Parteien gruppieren konnte. Das eine war der Gegensatz zwischen einem konsequent durchgeführten Sozialismus und der individualistischen, privatwirtschaftlichen Auffassung der bürgerlichen Parteien. Das andere war der Gegensatz zwischen der Durchführung der Demokratie auf dem Boden, den der Zusammenbruch vom November 1918 geschaffen hatte, und allen Veränderungen, die entweder die Konsequenzen aus dieser Umwälzung nicht ziehen wollten, oder darüber hinaus unter Verletzung demokratischer Grundsätze auf die Herrschaft einer Minderheit hinauswollten. Man hätte versuchen können, eine rein sozialistische Regierung, wie sie aus den Revolutionstagen hervorgegangen war, beizubehalten. Man hätte auch versuchen können, eine Regierung auf die im der Nationalversammlung zweifellos vorhandene Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu stützen. Keine dieser beiden Möglichkeiten ist ernstlich erwogen worden, denn es lag klar vor aller Augen, daß beide Versuche sehr bald an inneren Widersprüchen und an äußerer Unmöglichkeit hätten scheitern müssen. Beide hätten direkt in den Abgrund geführt.

Der Gegensatz zwischen den Forderungen des Sozialismus und der Auffassung der bürgerlichen Parteien trat an Bedeutung offenbar weit zurück hinter die Aufgabe des Tages, den Staat im Geiste der demokratischen Gedanken auszubauen und ihn gegen den Rückfall in alle Herrschaftsansprüche einerseits und gegen revolutionären Terrorismus andererseits zu sichern. So entstand die Arbeitsgemein-

schaft der heutigen drei Mehrheitsparteien, der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Sie hat die Verfassung geschaffen, sie ist unter unendlichen Schwierigkeiten der immer wieder auftretenden Gefahr vollkommener Anarchie anheimzufallen, Herr geworden, sie hat die Aufstandsversuche von rechts und links niedergeworfen, sie hat trotz alles dessen, was man im einzelnen, besonders an ihren wirtschaftlichen Maßnahmen, tadeln mag, doch die Grundlagen für den Wiederaufbau der Reichsfinanzen und des deutschen Wirtschaftkörpers gelegt. Hat sie nun ihre Arbeit getan und kann sie abtreten? Muß etwas anderes an die Stelle der Koalition treten? Im Gegenteil! Wie auch die Wahlen zum Reichstag ausfallen mögen, eine Koalitionsbildung und eine Koalitionsregierung, die im wesentlichen die Arbeit der letzten anderthalb Jahre fortsetzt, wird angesichts der Aufgaben und Schwierigkeiten, die vor uns liegen, nötiger sein als je. Die größte Aufgabe, die uns harret, ist nicht eine politische, sondern eine wirtschaftliche. Es handelt sich darum, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im deutschen Wirtschaftskörper wieder herzustellen. Das wichtigste ist die Steigerung der Arbeitsleistung. Dazu bedarf es des willigen Zusammenwirkens aller Berufsstände, der bürgerlichen und der sozialistischen Kreise, vor allem der Arbeiter und Bauern. Mit keinerlei Gewaltmaßnahmen kann man die Steigerung der Arbeitsleistung erzielen. Man braucht den guten Willen aller Beteiligten, und den wird man nicht im parteipolitischen Kampfe, sondern nur durch stille Verständigung, wenn die Erkenntnis des furchtbaren Ernstes der Lage allgemein wird, erreichen können. Sollten die Wahlen eine Verschiebung nach rechts bringen, die zu dem Versuch verleiten könnte, eine bürgerliche Koalitionsregierung gegen die Sozialisten zu bilden, so ist ganz klar, daß eine solche Regierung niemals den guten Willen der Arbeiterschaft wecken könnte. Das Experiment eines bürgerlichen wie das eines sozialistischen Blocks müßte unfehlbar in den Abgrund führen. Diese Erwägung ist so einleuchtend, daß daraus die zwingende Notwendigkeit für die Fortführung einer Koalitionsregierung sich ergibt.

### Das deutsche Wirtschaftsleben.

#### Verhängnisvolles Sinken der Produktion.

Berlin, 18. Mai. (WZB.) In der Generalversammlung der Siemens-Halske-A.G., die die Aufgabe der Verwaltung auf Verdoppelung des Grundkapitals und die Schaffung von Namensaktien mit dreifachem Stimmrecht annahm, führte der Vorsitzende, Carl Friedrich von Siemens, u. a. aus:

Unsere Valuta wird günstiger und sie wird sich bessern bis zum Schnittpunkt der inneren und äußeren Kaufkraft unseres Geldes, wenn wir durch erhöhte Produktion die Besserungsbewegung unterstützen. Wenn wir den Schnittpunkt erreicht haben, werden die Schwierigkeiten für Exporte eintreten. Schon heute überschritten in manchen Artikeln, auch in der Elektrotechnik, die Inlandspreise die Weltmarktpreise. Die Länder, die auch eine schlechte Valuta haben, sind uns heute schon fast vollkommen verschlossen. Bedarf ist in der ganzen Welt vorhanden, die Nachfrage hat aber der hohen Preise wegen nachgelassen. Die hohen Preise sind aber auch zurückzuführen auf die verringerte Produktion. Es wird nirgends auf die Forderung der produktiven Arbeit bei uns genügend Wert gelegt. Eine viel zu große Menge Menschen ist unproduktiv tätig. Die Zahl der Beamten im Staats- und Privatbetrieb ist viel zu groß. Deutschlands großes Versehen ist die Verringerung der Warenmenge, die es heute herstellt. Zahlmäßig, nach dem unbrauchbaren Maßstab „Markt“ gerechnet, wächst alles, aber Kilogramm-mäßig ist ein Rückgang in der Produktion zu verzeichnen.

### Die Notlage der Schuhfabriken.

Berlin, 18. Mai. Mit Rücksicht auf die darniederliegende Schuhindustrie hat das Reichswirtschaftsministerium die Ausfuhr von Luxus-schuhwerk gestoppt. Die Ausfuhr unterliegt gewissen Einschränkungen. Die Fabrikannten, die ins Ausland liefern, müssen die Hälfte der Paarzahle an billigem Schuhwerk der Reichsschuhversorgung zur Verfügung stellen. Das Reichswirtschaftsministerium bedroht jede Uebertretung der Ausfuhrbestimmungen mit Konfiskationsentscheidung.

München, 18. Mai. Meldungen aus Pirma-senz zufolge hat sich die Lage der dortigen Schuh-industrie außerordentlich verschlechtert. Vier große Schuhfabriken haben bereits den Konkurs angemeldet. Weitere zwölf Fabriken müssen den Betrieb schließen und die Arbeiter entlassen. In den Schuhfabriken liegen für viele Millionen fertige Schuhwaren, ohne daß seit Wochen irgend ein Verkauf erfolgen konnte. Heute findet in Pirmasenz eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung, der Fabrikannten und der Arbeiter über die Notlage statt.

### Polen fräut sich gegen seine Pflichten.

Berlin, 18. Mai. Seit Mitte April schweben in Paris deutsch-polnische Verhandlungen. Ausgangspunkt ist ein in Paris am 9. Januar geschlossenes deutsch-polnisches Abkommen, durch das sich Deutschland verpflichtet, gewisse Punkte in naher Zukunft mit Polen vertraglich zu regeln. Es handelt sich um eine Verständigung über die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus ihrer Bürgerschaft für die Ausgabe von polnischen Markwerten, ferner um die Regelung des Verfahrens bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Restitution von Maschinen usw., um den Eintritt Polens in die Verträge der laufenden Verwaltung, um die Feststellung, nach welchen Grundsätzen die infolge der Gebietsabtretung erforderliche Verteilung der Pensionen auf Deutschland und Polen zu erfolgen hat, und um Ueberantwortung der Akten und die Teilung von Archiven, soweit dies infolge des Friedensvertrages notwendig ist.

Alle diese Punkte sind durch die Verhandlungen in den Unterkommisionen soweit gefördert, daß sie für abschließende Erörterungen im Plenum der Delegationen reif sind. Die deutsche Delegation hat seit Beginn der Verhandlungen den Standpunkt vertreten, daß gleichzeitig mit den eben erwähnten im Pariser Abkommen vom 9. Januar aufgeführten Punkten auch die Regelung des Durchgangsverkehrs mit Ostpreußen und die Sicherstellung der den Optanten durch den Friedensvertrag gewährleisteten staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte erfolgen müsse. Im Zusammenhang mit der letzteren Frage sei die Auslegung des Artikels 256 des Friedensvertrages zu erörtern. Bisher fanden sich die Polen jedoch zu Verhandlungen über diese für Deutschland überaus wichtigen Punkte nicht bereit. Die alliierten Hauptmächte anerkannten ihrerseits die Notwendigkeit einer schleunigen vertraglichen Regelung des Verkehrs durch den sogenannten polnischen Korridor, und da sie auch Verständnis haben für die deutsche Auffassung, daß die Erledigung der Optionsfrage als äußerst dringlich anzusehen ist, ist anzunehmen, daß die Verhandlungen über beide Fragen bald aufgenommen und dann gemeinsam mit den Erörterungen über die übrigen Punkte abgeschlossen werden. Denn so lokal Deutschland seinen vertraglichen Verpflichtungen zu genügen bereit ist, so nachhaltig muß es darauf bestehen, daß Polen auch seine aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Pflichten erfüllt.

### Danzig und Polen.

Danzig, 18. Mai. Aus Warschau wird gemeldet, daß an der Mitte Mai in Rom stattfindenden Tagung des Völkerbundes wahrscheinlich auch Vertreter



Potens teilzunehmen werden, und daß die Danziger Frage in Rom weiter besprochen werden wird. Der polnische Kriegsminister hat strenge Verordnungen zur Vermeidung von Zwischenfällen an der Danziger Grenze erlassen. Es wird betont, daß die bisherigen Zustände durch das unsichliche Vorgehen untergeordneter Stellen hervorgerufen seien. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Danzig und Polen machen angeblich Fortschritte. So seien bereits zwischen Danzig und Polen Verhandlungen über die Zulassung der Danziger Schiffe zur Weichsel-Schiffahrt angebahnt. Es wurde beschlossen, in Danzig ein polnisches Amt für den ausländischen Handel zu errichten.

## Die Bekämpfung von Wucher- und Schiebertum.

München, 18. Mai. Der demokratische bayerische Justizminister Dr. Müller hat sich in einer Versammlung des Deutsch-demokratischen Vereins „Frei-München“ über die unser Volkstum so stark berührenden Fragen des Wucher- und Schiebertums wie folgt geäußert:

Bayern hat die Führung in der Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers von Anfang übernommen. Zunächst aber ist das Reich, wir allein können ohne das Reich nichts ausrichten. So haben wir die Aufhebung des Post- und Telegraphengeheimnisses (zur Kontrollierung und Verhinderung der Schiebergeschäfte) wiederholt verlangt. Ohne diese Maßregel können wir den Wuchern nicht beikommen. Die bayerische Regierung wird jetzt nach Art. 48 der Reichsverfassung allenfalls selbständig vorgehen. Die ärgsten Unitarier sind oft die, die der Landesregierung Vorwürfe machen, daß sie zu wenig tue, um den Schädlingen endlich das Handwerk zu legen, obwohl wir ohne die Unterstützung des Reiches schwer etwas ausrichten könnten. Freilich auch im Lande fehlt manches. Greift man scharf zu, wird gehetzt. Greift man nicht so zu, wie man selbst gern möchte, dann wird erst recht gehetzt. Was soll nun die Regierung machen? Sie ist nur Abhilfeleiter und Brückengänger. Solange die Bevölkerung nicht so ehrlich ist, einzugehen, daß ihre eigenen Sünden jede Autorität untergraben, daß ihre eigene Unzufriedenheit schuld ist an allen den Missetaten, die wir beklagen, so wird es nicht besser. Alles in allem: es ist die unantastbare Aufgabe, alle Teile zu befriedigen. Papierne Verordnungen tun's nicht, nur die Hilfe aller Bevölkerungsteile könnte Ersprießliches erreichen.

In einem sollte man freilich einig sein, daß endlich die Kriegsgesellschaften und die Frage ihrer Beseitigung ernstlich behandelt werde. Solange diese Wirtschaft in Berlin andauert, wird die schwere Unzufriedenheit im Reich nicht schwinden. Wer nicht will — wie selbstverständlich wir Deutsch-Demokraten —, daß aus dem Ruf „Los von Berlin“ ein noch gefährlicherer Ruf werde, der muß im Interesse des Fortbestandes des Reiches diesem Berliner Wirtschaftszentralismus den Krieg ansagen. Hat uns dieses Unwesen nicht bereits genug geschadet? Es hat am deutschen Zusammenbruche einen nicht unbedeutenden Anteil. Bei dem „Ernährungsstreik“, in den uns englischer und französischer Sabotage immer wieder treibt, besteht die ungeheure Gefahr, daß Stadt und Land immer mehr in eine Bürgerkriegs-Situation kommen. Die alte Vinsenzwahrheit bleibt bestehen, daß Stadt und Land noch mehr als je aufeinander angewiesen sind, da Deutschlands Ernährung in Zukunft von seiner eigenen Erzeugung allein abhängig wird. Das Land läßt sich aber die Diktatur des Proletariats nicht mehr gefallen, selbst wenn das übrige Bürgerium so jämmerlich wäre, sich dem Proletariat in der Weise anzuknechten, wie es jetzt im Norden und Nordwesten leider ansetzend geschieht. Die Arbeiterklasse muß endlich einsehen, daß ohne Bürger- und Bauernstand ein Wiederaufbau unseres Volkes unmöglich ist, daß sie selbst in ihrem Untergange mit zugrunde gehen.

Nur mit vereinten Kräften können wir aus dem Elende heraus. Hoffentlich wird dies auch in den Kämpfen nicht vergessen. Wir verdienen es schließlich nicht anders, als daß wir zugrunde gehen, wenn nicht alle vernünftigen Leute sich frei machen von dem unsäglichen Partisanentum und sich zusammenschließen zur Rettung der Ordnung und Sicherheit des Staates.

## Beschlüsse des Reichsrates.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung einer Verordnung zu, wonach Bestimmungen über Tarifverträge künftig nicht mehr durch den „Reichsarbeiter“ erfolgen sollen, sondern durch das „Reichsarbeitsblatt“, das künftig amtliches Organ des Arbeitsministeriums werden und in anderer Form erscheinen soll. Die Kosten der Veröffentlichung sollen wie bisher die Parteien und nicht das Reich tragen.

Der Reichsrat beschäftigte sich weiter mit dem Entwurf einer

### Pachtungsverordnung.

Es sollen Pachtungsverordnungen errichtet werden, die eine wucherische Ausnutzung der Pächter verhindern, aber auch dem Verpächter einen Schutz garantieren sollen, wenn die Verpachtung schon vor dem Kriege erfolgt ist, so daß die Pachtverhältnisse nicht mehr der veränderten Wirtschaftslage entsprechen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben aus der umfangreichen Vorlage eine kurze Verordnung gemacht, die nur eine Rahmenverordnung für die einzelnen Länder ist. Der sächsischen Antrag, dem Ministerialdirektor Matthias namens der Reichsregierung zustimmte:

„Die Einigungsämter dürfen Bestimmungen nach der Verordnung nur treffen, wenn das Verhalten eines Teiles entweder sich als wucherische Ausnutzung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unvorsichtigkeit, oder als Nichtberücksichtigung der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, oder als eine schwere Unbilligkeit darstellt, oder zur Folge hat, daß der andere Teil in eine wirtschaftliche Notlage gerät.“

wurde angenommen, mit 42 gegen 11 Stimmen, und ferner noch auf Antrag der Regierung die Bestimmung eingefügt, wonach die Pächter je zur Hälfte dem Kreis der Pächter und Verpächter zu entnehmen sind. Die Verordnung wurde mit diesen Änderungen angenommen.

Der Entwurf einer Verordnung über die Beschaffung von

### Papierholz für Zeitungsdruckpapier

kam auf Antrag des Berichterstatters Graf Holtenborg nicht zur Beratung, weil die Ausschüsse noch keine endgültige Stellung genommen haben. Sie sind sich durchaus der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Sache bewußt. Die Verzögerung ist dadurch zu erklären, daß inzwischen der Versuch gemacht worden war, die Angelegenheit im Wege einer Vereinbarung, nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, zu regeln, und weil neuerdings die Reichsregierung einen etwas veränderten Entwurf vorgelegt hat, der nicht morgen oder übermorgen zu erledigen sei. Unterstaatssekretär Girsch hat dringend im Namen der Reichsregierung, die Verordnung jetzt schon in Kraft treten zu lassen. Der bisherige Stand der Verhandlungen läßt es nicht als wahrscheinlich erscheinen, daß sonst eine Verbilligungslösung zustande kommt, und wir fürchten, so sagte der Vertreter des Ministeriums, daß die Not der Presse, die sich unter der Preissteigerung für Papierholz ergeben hat, nicht rechtzeitig und in zweckmäßiger Weise behoben werden kann. Insbesondere könnte der Prozeß des Eingehens kleiner Zeitungen und des Abhängigwerdens auch großer Zeitungen von Kräften, die andere Zwecke als rein publizistische verfolgen, sehr schnell weiter gehen, ohne die Möglichkeit, dem entgegenzuwirken. Graf Holtenborg bemerkte, daß wohl allseitig im Reichsrat ein Einverständnis darüber herrsche, daß die Sache so bald als möglich erledigt werden müsse. Einem

### Gesetzentwurf über Kreditgewährung

stimmte der Reichsrat zu. Es handelt sich um den finanziellen Vertrag, wonach die Eisenbahnen vom Reich übernommen werden. Danach gehen die Schulden der einzelnen Länder auf das Reich über. Zunächst übernimmt das Reich den gesamten Zinsendienst und trägt dann im Laufe der nächsten drei Jahre jeweils ein Drittel seiner Verpflichtungen ab, nur bei den 14,6 Milliarden Preußens werden an Stelle der preussischen Schatzanweisungen Reichsschatzscheine treten. Außerdem ist im Etat der Reichseisenbahnen ein Fehlbetrag von 11 Milliarden Mark zu erwarten. Weiterhin bedarf die Reichseisenbahn in den ersten drei Monaten einer außerordentlichen Ausgabe von 750 Millionen Mark. Zunächst handelt es sich um 18,1 Milliarden, und der Reichsfinanzminister soll ermächtigt werden, diese Summe durch Schatzwechsel flüssig zu machen. Die Vorlage wurde gegen die Stimme des Berichters von Bremen angenommen.

Referendare konnten zur Stellvertretung von Rechtsanwältinnen vor Gericht bisher nur zugelassen werden, wenn sie zwei Jahre im Vorbereitungsdienst gewesen waren. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu, wonach im Interesse der Kriegsteilnehmer diese Frist auf ein Jahr und drei Monate herabgesetzt wird. Die Verordnung soll mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft treten.

Angenommen wurde eine Verordnung, die die Gefangenen der Verordnung zum Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtung bis zum 1. Januar 1921 verlängert.

## Die Reichswehr wieder in Frankfurt.

Berlin, 18. Mai. In Frankfurt a. M. ist heute die Sicherheitswehr wieder eingerückt. Daß dies nicht früher geschah, liegt daran, daß von seiten der Besatzungstruppen die am vergangenen Sonntag in Kassel getroffenen Vereinbarungen nicht innegehalten worden sind. In Kassel waren Major Michels als deutscher Vertreter und der französische Major Gung dahin übereingekommen, daß die Räumung am zweiten Tage nach Eingang des Räumungsbefehls vor sich gehen und der deutsche Vertreter von dem Eintreffen des Räumungsbefehls sofort in Kenntnis gesetzt werden sollte. Statt dessen haben die Franzosen es vorgezogen, schon am Morgen des ersten Tages ohne Benachrichtigung der Deutschen abzugehen. Die Reichswehrruppen, die vor dem Einrücken der Franzosen in Stärke von einer Eskadron und einem Bataillon im Maingau standen, haben ebenfalls im Laufe des heutigen Tages ihre alten Garnisonen wieder bezogen.

### Deutsche Schadenersatzforderungen.

Berlin, 18. Mai. Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Alliierten die Forderung der Kosten für die militärische Besetzung Frankfurts abgelehnt. Die Reichsregierung hat die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die die in Frankfurt und in den anderen besetzten Städten durch die französische Besatzungsarmee verübten Schäden feststellen soll, zwecks einer Wiedergutmachungsforderung an Frankreich.

### Nach berühmten Mustern.

Ein, 18. Mai. Nach dem „Mächener Volksfreund“ ist der Kreis Montschau gestern plötzlich von belgischen Truppen besetzt worden. Anstelle der bisher aus 150 Mann bestehenden französischen Besatzung sind vier belgische Kompanien getreten.

## Letzte Sozial-Nachrichten.

\* Preussische Klassen-Lotterie. Am 9. Ziehungstage fielen in die Kollekte des Lotterie-Einnehmers Kaufmann Bollberg hier 2 Gewinne zu 3000 Mark auf die Nr. 2718 und 102102, 1 Gewinn zu 1000 Mark auf Nr. 151903, sowie Gewinne zu 240 Mark auf die Nr. 27447, 29839, 29857, 30816, 30832, 42683, 48154, 48223, 48888, 56685, 61471, 62941, 67941, 102098, 156545, 180118, 187811, 197900, 203205, 203654, 217470, 217472, 281987.

\* 900 Prozent Dividende im Salzheringsgeschäft. Wir lesen im „Berliner Fischmarkt“: „Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure hielt dieser Tage in Berlin unter dem Vorsitz des Herrn Adler von der Salzheringseinfuhrgesellschaft G. m. b. H. eine außerordentliche Sitzung ab, in der der Geschäftsführung über das verlossene Jahr Entlastung erteilt wurde. Die vorgelegte Bilanz ergab einen Bruttogewinn von ca. 10.000.000 Mark. Nach Abzug der Unkosten (etwa 2 1/2 Millionen) gelangen gegen 7 1/2 Millionen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfallen auf einen Anteil von 10.000 Mark sage und schreibe 90.000 Mark, also 900 Prozent. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure ist eine Gründung der der Salzheringseinfuhrgesellschaft G. m. b. H. angegeschlossenen Salzheringsimporteure. Sie hat mit der Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie für den Einkauf der Heringe in Norwegen usw. das nötige Personal stellt und dafür einen bestimmten Betrag für jede eingeführte Tonne Heringe vergütet erhält. Diese Vergütung erreichte in einem Jahre den obengenannten exorbitanten Betrag von ca. 10.000.000 Mark. Man muß bedenken, daß die Salzheringsimporteure, die der Salzheringseinfuhrgesellschaft angeschlossen sind, ohne dieses große Einkommen durch die bevorzugte Belieferung seitens der Regierung haben, damit nicht genug, beziehen sie von der Arbeitsgemeinschaft weitere Millionen. Hier zeigt sich wieder mit aller Deutlichkeit, welche Risiken das zentralisierte Einfuhrsystem noch immer hervorbringt. Dies sind auch die Herren, die nur zu gern an dem jetzigen System des Herrn von Bülowe weiterhaken möchten, weil sie genau wissen, daß ihnen bei einem vollständig freien Handel derartige Gewinne unmöglich sind. Warum wird der Ueberfluß nicht an das Reich abgeführt? Welches Recht haben ein paar bevorzugte Kriegsgewinnler auf solche Verdienste, die der breiten Masse erpreßt werden sind?“

## Letzte Telegramme.

### Interpellation in der Nationalversammlung.

Berlin, 19. Mai. Es besteht der Plan, am Donnerstag eine Interpellation in der Nationalversammlung wegen der schwarzen Truppen einzubringen, auf welche die Regierung antworten wird. Wenn verschiebentlich die Rede davon gewesen ist, daß in der Zusammenkunft der Nationalversammlung die Regierung noch eine Erklärung über Spaa abgeben werde, so hört die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß eine solche Erklärung nicht vorgesehen sei. Wie das Datum der Konferenz in Spaa, so sind auch die Nachrichten über die Wiedergutmachungsummen schwankend und unsicher. Fast scheint, als würde bei den Aufstellungen vergessen, daß die Goldmark auch jetzt nach der starken Aufwärtsbewegung der deutschen Werta nach immer das Fünftache der Papiermark ausmache. Das der englische wirtschaftliche Sachverständige Keynes als äußerste Leistungsgrenze für Deutschland bezeichnet hat, wird bedeutend überschritten. Wenn die Konferenz in Spaa überhaupt einen Zweck haben soll, so darf ihr Ergebnis nicht vorweg genommen werden.

### Der Danziger Landtag.

Berlin, 19. Mai. Der Danziger Landtag wird sich, wie die Morgenblätter schreiben, nach den Wahlergebnissen zusammensetzen aus 34 Deutschnationalen, 21 Unabhängigen, 19 Mehrheitssozialisten, 17 Zentrumsvetretern, 12 Abgeordneten der Freien wirtschaftlichen Vereinigung, 10 Demokraten und 7 Polen.

### Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Berlin, 19. Mai. Während sich im Reich durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der großen Krankenkassenorganisationen die Verhältnisse zugespitzt haben, scheint sich in Berlin eine Einigung zwischen den Ärzten und Krankenkassen anzubahnen. Das wichtigste für Berlin ist, wie verschiedene Blätter sagen, daß den Unterhändlern für weitere Verhandlungen freie Hand gelassen wird. Den Verhandlungen wird ein Entwurf über die freie Arztwahl zugrunde gelegt werden, der von den Ärzten ausgearbeitet worden ist.

### Die Wohnungsnot in Berlin.

Berlin, 19. Mai. Die Baukosten für eine Zweizimmer-Wohnung betragen jetzt in Berlin, wie ein Blatt zu berichten weiß, etwa 60.000 Mark. Nicht weniger als 40.000 Wohnungssuchenden fehlt es zur Zeit an Unterkunftsstätten.

### Wettervorhersage für den 20. Mai:

Teilweise heiter, schwacher bis mäßiger Wind, etwas kühler.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Maas, für Redaktionen und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldburg.



## Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 19. Mai 1920.

### Außerordentliche

### öffentliche Stadiverordneten-Versammlung

am Dienstag den 18. Mai 1920.

Am Magistratstisch waren anwesend Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Bießner, Stadtrat Stein, Stadtbaurat Rogge und Gerichtsassessor Landst. Das Stadiverordnetenkollegium war durch 31 Mitglieder vertreten. Leiter der Verhandlungen war Stadiverordneten-Vorsitzer Stadtrat Bießner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Stadtbaurat Rogge verschiedene Mitteilungen über die in Aussicht genommene Verlegung des Finanzamtes nach Bad Salzbrunn. Stadtv. Grüttner sprach sich energisch gegen die Verlegung aus, die den Verkehr mit dem Publikum bedeutend erschweren werde. Das Finanzamt sei doch wegen der Bevölkerung da und nicht umgekehrt. Die Gewerkschaften und alle bürgerlichen Korporationen und Vereine müßten gemeinsam bei dem Finanzminister vorstellig werden, daß das Finanzamt seinen Sitz in der Stadt Waldenburg behalte. Erster Bürgermeister Dr. Erdmann unterstützte die Anregung des Vorredners, und teilte mit, daß auch bereits Verhandlungen mit dem Finanzamt eingeleitet seien.

#### 1. Erlass einer neuen Steuerbestimmungsordnung.

Durch die neue Steuerbestimmungsordnung ist die Stadt der ergiebigsten Steuerquelle, die in der Erhebung von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer bestand, beraubt worden. Die den Gemeinden zugewiesenen Anteile der Reichsteuern reichen aber nicht aus, um die ins Außerordentliche gestiegenen Ausgaben zu decken, mit denen die Stadt im laufenden Wirtschaftsjahr zu rechnen haben wird. Es ist daher erforderlich, die der Stadt noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen ergiebiger zu gestalten. Als solche kommt in erster Linie die Gewerbesteuer in Betracht, die nach Maßgabe einer besonderen Steuerordnung erhoben wird. Zur Gegenpart zu der staatlichen Veranlagung steht die geltende städt. Steuerordnung eine gerechte Verteilung der Lasten nach einer Reihe von Merkmalen vor, die einzeln oder zusammengekommen den Maßstab für die steuerliche Leistungsfähigkeit der gewerblichen Betriebe bilden.

Um die Erträge aus dieser Steuer einigermaßen zu steigern, hat der Magistrat daher beschlossen, die gewerblichen Betriebe nach Maßgabe dieser Steuermessung schärfer heranzuziehen. Dementsprechend sind zunächst die Steuerätze der Klasse I-III in §§ 1 und 2 um 25 Prozent erhöht worden, wodurch die bisher vorhandene und nicht gerechtfertigte Gleichstellung der Klasse III und IV im Fortfall gekommen ist. Dann sind mit Rücksicht auf die Tatsache, daß bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch Gewerbebetriebe mit einer geringen Anzahl von Angestellten recht erhebliche Erträge herauswirtschaften können, schon Betriebe mit mehr als drei Angestellten (bisher 5) mit der in § 5 enthaltenen Erhöhung des Normalsteueratzes belastet worden. Im übrigen ist die ganze Bestimmung insofern vereinfacht worden, als allgemein für jede weitere angestellte Zahl von 5 beschäftigten Personen eine Steigerung von 1 Prozent festgesetzt wird. Schließlich sind die Prozentsätze in §§ 8 und 9 ebenfalls um 25 Prozent erhöht worden. Die Erhöhung des Zuschlages bei der Fortenabrechnung rechtfertigt sich mit der schärferen Heranziehung der einheimischen Betriebe. Eine ungefähre Berechnung ergibt, daß der fingierte Gewerbesteueratz, der nach Maßgabe der alten Ordnung für dieses Jahr mit 300 000 Mk. anzurechnen ist, durch die vorgenommene Wänderung der Steuerordnung auf 400 000 Mk. zu veranschlagen sein wird.

Nachdem Stadtv. Schumann anstelle des verhinderten Referenten Stadtv. Gans die Vorschläge des Magistrats kurz begründet hatte, stimmte die Versammlung dem Erlass der neuen Steuerordnung ohne weitere Debatte zu.

#### 2. Erlass einer Steuerordnung betr. Besteuerung der steuerfreien Teile nach § 20 des Reichseinkommensteuergesetzes.

Durch die Umgestaltung der gesamten Steuerbestimmung sind die Städte nicht mehr in der Lage, ihren Selbstbedarf durch Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer zu decken, vielmehr sind sie auf die Anteile angewiesen, die ihnen aus der Reichseinkommensteuer zugewiesen werden. Diese Anteile reichen bei weitem nicht aus, um die außergewöhnlich hohen Ausgaben zu decken, mit denen die Städte unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu rechnen haben. Die einzige Möglichkeit, gewisse Anteile des Einkommens steuerlich zu erfassen, ist den Gemeinden durch die Bestimmung des § 30 des Landessteuergesetzes bestraft worden. Danach kann der von der Reichseinkommensteuer freie Teil des Einkommens von 1500 Mk. ebenso wie die weiteren Einkommensteile von 500 Mk., die für jede weitere zur Haushaltsführung des Steuerpflichtigen zählende Person von der Reichseinkommensteuer frei bleiben nach § 20 des Einkommensteuergesetzes durch eine besondere Steuer hinsichtlich der Wohnortgemeinde erfasst werden. Mit Rücksicht auf die schwierigen Finanzverhältnisse der Stadt hat der Magistrat daher beschlossen, ebenfalls

von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, und ist dabei der Anregung des Deutschen Städtetages gefolgt, der in der Erhebung einer solchen Steuer ein nicht zu unterschätzendes Mittel sieht, um die Finanzkräfte der Städte zu heben. Zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind von vornherein alle Einkommen von unter 5000 Mk. von der Steuer frei gelassen worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß, wie sich durch Beispiele nachweisen läßt, die geringeren Einkommen trotz der Besteuerung durch die vorliegende Gemeindesteuer steuerlich weniger belastet werden, als dies früher bei der Staatseinkommensteuer, verbunden mit den städtischen Zuschlägen, der Fall war. Weiter ist bei einem Einkommen bis zu 10 000 Mk. nur der Anteil von 1500 Mk., sowie der für die erste zum Hausstande gehörige Person von der Reichseinkommensteuer freigelassene Anteil von 500 Mk. zur Besteuerung herangezogen worden. Erst bei einem Einkommen von über 10 000 Mk. werden alle der Reichseinkommensteuer nicht unterliegenden Teile des Einkommens von der Gemeindesteuer erfasst. Die Besteuerung erstreckt sich aber nicht auf den vollen Betrag dieser Einkommensteile, sondern beschränkt sich auf ein Drittel des 1500 Mk. betragenden Anteils, also auf 500 Mk. und zieht die weiteren Anteile von 500 Mk. nur mit  $\frac{1}{3}$ , also 200 Mk., heran. Um Härten zu vermeiden, sind in der Steuerordnung die Bestimmungen der §§ 26 und 44 des Einkommensteuergesetzes mit herangezogen worden. Außerdem ist die Möglichkeit gegeben, in besonders gearteten Fällen die Steuer mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Einkommensteuerpflichtigen zu ermäßigen oder niederzuschlagen. Der Ertrag der Steuer läßt sich etwa auf 700 000 Mk. schätzungsweise errechnen.

Nach längerer Debatte, an der sich Stadtv. Harbolla als Referent, Stadtv. Grüttner und Stadtv. Franz beteiligten, wurde nach Annahme eines Antrages Harbolla, der für kinderlose Familien eine besondere Bestimmung vorsieht, der neuen Einkommensteuerordnung einstimmig zugestimmt. Erster Bürgermeister Dr. Erdmann machte bei der Debatte noch verschiedene Mitteilungen über die städtische Finanzlage, die gegenwärtig geradezu verzweifelt sei. Nach dem jetzt aufgestellten Haushaltsplan ergebe sich ein Fehlbetrag von 2 Millionen Mk., der durch die Erhebung von direkten und indirekten Steuern, sowie durch Gebühren aufgebracht werden müsse. Fast alle Einnahmen erfordern bedeutende Zuschüsse: Die städt. Straßenreinigung über eine Million Mk., die Polizeiverwaltung 830 000 Mk., das Gymnasium 146 000 Mk., die Realische 86 000 Mk., das Lyzeum 78 000 Mk., die Volksschulen 899 000 Mk., das Armenwesen 217 000 Mk., die Bauverwaltung 2 Millionen Mk. usw. Gegenüber diesen Ausgaben seien die Aufwendungen für die Beamtengehälter noch gering, besonders wenn man berücksichtigt, daß ein Fahrer bei der Straßenbahn sich fortan auf 12 000 Mk. und ein Wertmeister eines industriellen Betriebes auf 21 000 Mk. Gehalt pro Jahr sehen werde. — Stadtv. Seeliger erklärte, daß der Bürgerkrieg angesichts der drohenden hohen Steuern ja angst und bange werden müsse. Man müsse doch fragen, was eigentlich geschehen solle, um aus der Misere herauszukommen. Er bitte, jedenfalls fortan noch viel sparsamer zu wirtschaften. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann erwiderte, daß die Ursache alles Übels die gegenwärtige ungeheure Teuerung sei. Erst wenn diese zum Stillstand gekommen sein werde, wofür ja schon Anzeichen vorliegen, werde sich die Finanzlage der Stadt im nächsten Jahre vielleicht wieder günstiger gestalten.

#### 3. Kleine Vorlagen.

Zum Anlauf verschiedener Einrichtungsgegenstände, die dem ehemaligen Ratsherrn Dr. Gans gehören, wurde ein Betrag von 5000 Mk. bewilligt. — Der Gewährung einer Fortenabrechnung an die Kandidaten des höheren Lehramtes bei den hiesigen höheren Lehranstalten wurde zugestimmt. — Genehmigt wurde das Mietsabkommen mit dem Justizfiskus wegen Ueberlassung von Büroräumen im Amtsgerichtsgebäude. — Der Erhöhung der Bezüge der Hilfsvollzugsbeamten wurde zugestimmt. — Ende der Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.

### Zentrumsversammlung.

Eine stark besuchte Zentrumswahlerversammlung fand gestern Abend in der „Gorkower Halle“ statt. Nach kurzen Einleitungsworten des Vorsitzenden, Rationikus Gans, in denen er die Gäste ermahnte, das Versammlungsrecht zu achten und die Versammlung nicht zu stören, erteilte er dem Parteisekretär der Zentrumspartei, Dr. Wolf (Breslau), das Wort zu seinem Vortrag. Redner wies einleitend darauf hin, wie heute im Vordergrund alles Denkens die bange Frage stehen: Was soll noch werden? Wie soll sich die Zukunft gestalten? Er begründete überzeugend die Notwendigkeit der Koalitions-Regierung nach dem Zusammenbruch. Die Koalitionsparteien haben sich, alles Fremde vergessend, die Hände gereicht zum gemeinsamen einigenden Ziele: Wiederaufbau des Vaterlandes. Das Zusammenarbeiten der einzelnen Parteien. Eine bürgerliche Regierung war nicht möglich, weil die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich weigerten, mit den Demokraten zusammenzuarbeiten. Die Koalitionsparteien stellen das Wohl des Vaterlandes über die Parteien. Darum haben sich auch die Sozialdemokraten dafür

den Dank des Vaterlandes verdient. Für das Zentrum war es eine Pflicht, in die Koalition einzutreten, um als starke Mittelpartei Einfluß auf das kulturelle und die innen- und außenpolitischen Verhältnisse zu gewinnen, dessen Notwendigkeit vom Vortragenden näher begründet wurde. Es mußte vor allem die Verfassung geschaffen werden, um das neue Staatswesen auf neuen Formen aufzubauen, ein Werk der Vaterlandsliebe, der Versöhnung und des konfessionellen Friedens. Wenn die Deutschnationalen dem Zentrum wegen seiner Teilnahme an der Koalition Vorwürfe machen, so wies der Redner auf die „Schles. Ztg.“ hin, die j. Zt. denselben Standpunkt vertreten hat, daß der Zusammenschluß aller Kräfte von rechts und links notwendig und damals schrieb, daß auch die sozialdemokratische Partei ebenso staatshaltend wie jede andere ist. Vortragender legte weiter dar, wie nur durch die Koalition dem Volke der Frieden gebracht werden konnte, überzeugend nachweisend, daß durch eine Ablehnung des Waffenstillstandes und des Friedens die Lage nicht verbessert, sondern verschlimmert worden wäre. Die Stellungnahme des Zentrums zur Monarchie war eine Frage untergeordneter Bedeutung, da für das Zentrum die andere Frage viel wichtiger sein mußte: Wie wollen wir dem deutschen Volke zu essen geben, das Heer in die Heimat zurückführen, den Soldaten Arbeitsgelegenheit, der Landwirtschaft Produktionsmöglichkeit geben, die finanziellen Verhältnisse bessern, also den Staat wieder aufbauen. Ueber der Frage der Monarchie das Staatswohl, das Wohl des Volkes. Redner wandte sich nunmehr zu den einzelnen Parteien. Scharf beurteilte er den Rapp-Butsch, und rechnete mit den Deutschnationalen ab, die durch ihre führenden Männer kompromittiert sind. Es sind die alten Militaristen und Großkapitalisten, die Gewaltpolitik treiben. Die besten und bedeutendsten Männer lehren ihr den Rücken. Die Deutsche Volkspartei hat viele sympathische Züge, doch hat auch sie beim Rapp-Butsch eine zweifelhafte Stellung eingenommen. Es ist die Partei der Geldindustrialie und die Partei, die als frühere national-liberale sich besonders durch ihre Kulturkampfarei auszeichnete. Vortragender wandte sich dann zu der sozialdemokratischen Partei, die Freiheit proklamiert, aber deren Mitglieder auch im höchsten Kreise wie anderwärts gewalttätiger Terror und Mißbräute ausüben. Der Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie gegen den Terror von links nicht eben so scharf wie gegen den von rechts eingeschritten ist. Im letzten Teile seines fesselnden Vortrages zeichnete der Redner mit treffenden Strichen das Programm des Zentrums, das als Mittelpartei stets für die Interessen aller Stände eingetreten ist, den christlichen Gedanken hochhält, die Erhaltung der Konfessionskunde mit Entschiedenheit fordert. Ohne Christentum kein Nationalgefühl.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der auch zwei Sozialdemokraten das Wort erhielten. #

# Vom Niedersächsischen Knappschaftsverein. Als ordentliches Mitglied wurden in den Vorstand gewählt Bergwerksdirektor Roemer und als Ersatzmann Oberbergwerksdirektor Liebeneiner. Mit der ständigen Stellvertretung des derzeitigen Vorsitzenden wurde Bergwerksdirektor Roemer beauftragt. Bezüglich der Verordnung der Reichsregierung, betreffend Heraushebung des Grundlohnes und Umänderung der Krankenversicherungspflicht, beschließt der Vorstand, den Grundlohn vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung mit Wirkung vom 31. Mai d. J. bis auf 30 Mk. heraufzusetzen. Es sollen Lohnstufen, steigend von 3 zu 3 Mk., eingerichtet werden. Die Vereinswerke werden aufgefordert, zur Raumbefugung aller derjenigen Versicherungsberechtigten Angehörigen mit einem Einkommen von 5000 bis 15 000 Mk. Einkommen, die nunmehr versicherungspflichtig geworden sind. An der Beitragsfestsetzung soll vorläufig nichts geändert werden. Beschlossen wurde, daß vom 1. Juli ab neben freier ärztlicher Behandlung und Arznei bei Entbindung ein einmaliger Beitrag zu den Hebammenkosten von 40 Mk. gewährt wird. Die Gehaltsbezüge der oberen Beamten und der nicht unter den Tarif fallenden Angestellten wurden neu festgesetzt.

\* Der Rauten- und Geflügelzüchterverein von Waldenburg unterzog am 16. d. Mts. einer äußerst zahlreicher Beteiligung einen Ausflug nach Liebichau, woselbst die Fürsorge der Hessische Gärtnerei unter der Führung des Gartendirektors Weyhe besichtigt wurde. Hieran schloß sich eine Besichtigung der Fischanlagen für Rauten, Geflügel und anderes Kleinvieh an, und gab Herr Weyhe den Mitgliedern überaus wertvolle Ratschläge für die Zukunft. Nach dieser sehr interessanten und lehrreichen Besichtigung fand im Rauten- und Geflügelzüchterverein ein gemütliches Beisammensein statt, wo der Vorsitzende die Beitritts-erklärung von neun neuen Mitgliedern bekanntgab. Die für Sonntag den 6. Juni angelegte Monatsversammlung fällt wegen der an diesem Tage stattfindenden Reichstagswahl aus.

\* Zentralverband der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen. Montag Abend fanden sich im Hotel „Deutscher Hof“ die Mitglieder des Zentralverbandes der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen zusammen, um dem Beispiel anderer Städte folgend, zu der Gründung einer Ortsgruppe für Waldenburg



und ungeeignete Stellung zu nehmen. Nachdem Kamerad Schrenberg die erschienenen begrüßt hatte, ergriff Kamerad Zinke das Wort und referierte eingehend über den Zweck und die Ziele des B. V. Er betonte ganz besonders, daß es die erste Aufgabe der Organisation sei, die Interessen der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen auf vollständig parteipolitisch neutraler Grundlage zu vertreten. Die Ausführungen des Kameraden Zinke fanden großen Beifall, und es wurde nunmehr zu der Gründung der Ortsgruppe geschritten. In den Vorstand wurden folgende Kameraden gewählt: 1. Vorsitzender Erich Fiebrandt, Kassierer Lehrer Adolf Meißel, Schriftführer Wilh. Krause. Umgebungen zum Zentralverband der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen nimmt der erste Vorsitzende, Kamerad Erich Fiebrandt (Waldenburg), Neustadt, Hermannstraße 7, jederzeit entgegen.

\* Stenographisches. Der Ostdeutsche Verband für National-Stenographie hielt am 15. und 16. Mai in Dittersbach seinen Verbandstag ab. Von den Vereinen des hiesigen Bezirks waren vertreten Altkasser durch Herrn Jönig, Dittersbach durch Hrn. Högel, und Waldenburg durch Herrn Mischke, sowie der Bezirk als solcher durch seinen Obmann Herrn Grünmig. An dem Verbandstage nahm auch der Begründer der National-Stenographie, Geheimrat Sanitätsrat Dr. von Kanowski (Helmstedt) teil. Referiert hielt am Sonntag einen öffentlichen Vortrag über die Stenographie, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung. Durch allgemeinen Beifall dankten die zahlreich erschienenen, worunter sich die verschiedensten Systemgegner befanden, dem Vortragenden für seine einwandfreien und streng sachlichen Ausführungen. Der Sonntag war bis in den späten Nachmittag dem Wettbewerb und den Verhandlungen gewidmet. Aus dem Wettstreit erhielten aus dem hiesigen Bezirk Preise: Gruppe 220 Silben: 1. Preis Fräulein Kemmer (Altkasser), Gruppe 160 Silben: Belobigung Fräulein Högel (Dittersbach), Gruppe 140 Silben: 2. Preis Herr Jönig (Altkasser). Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorsitzende des Altkasser National-Stenographenvereins, Herr Jönig (Altkasser), Waldenburger Straße 40, zu jeder Auskunft gern bereit ist.

\* Deutsches Landes-Theater in Waldenburg. Das Deutsche Landes-Theater, Direktion Oberreich, kündigt für Dienstag den 25. d. Mts. eine Vorstellung im Hotel „Goldenes Schmelz“ an. Zur Aufführung gelangt Ernst Richard Dreyers Meisterwerk: „Aus dem Tagebuch einer Verlorenen“. Zwei Frauen, die, völlig verschieden und doch aus selbsterlebtem Leben, verknüpft, rollt die bis ins Kleinste packende Handlung vor dem Zuschauer auf, deren gewaltigen symbolischen Hintergrund das Meer bildet. Eintrittskarten im Vorverkauf bei Kaufmann Gahn sind bereits erhältlich. (Näheres besagen Plakate und Inserate.)

\* Kurtheater Bad Salzbrunn. Das Kurtheater eröffnet mit dem ersten Pfingstfeiertag seine Saison. Die erste Vorstellung ist ein Schwank „Die drei Zwillinge“ von Zupersleben und Mathern, der bei seiner Aufführung am Schauspielhaus in Frankfurt a. M. einen durchschlagenden, großen Felerfolg hatte. Am 2. Feiertag geht das heitere Familienstück „Willis Frau“ von Reimann und Schwarz in Szene. Auch bei diesem Stück überwiegt die starke Situationskomik und der flotte, lustige Dialog. — Dienstag den 25. Mai folgt die dritte Neuheit des Kurtheaters: „360 Frauen“ von H. und J. von Bengel.

### Sitzung der Gemeindevertretung in Dittersbach.

In der am 14. Mai stattgehabten Sitzung fand Punkt 1 der Tagesordnung seine glatte Erledigung in der Zustimmung zur Gewährung eines Gehaltszuschusses in Höhe von 800 Mark an die Gemeindebeamten und Lehrer auf die neue Besoldungsordnung und in der Genehmigung des Tarif-Einsturzes für die Besoldung der Angestellten. Nach Festlegung der Dienststunden für die Verwaltung ergriff Schöffe Koeßler namens der sozialdemokratischen Gemeindevertreter-Fraktion das Wort. Er führte aus, daß die ständigen Reisen des Bürgermeisters unnötig für das Gemeinwohl gemacht sein können, und daß wohl mehr das Interesse der Wirtschaftsgenossen-

schaft wahrgenommen werde. Die Führung der Gemeindegeschäfte werde dadurch stark vernachlässigt und die Gemeindevertreter hätten allen Grund, ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck zu geben. Bürgermeister Biol nimmt Stellung gegen die schweren Anschuldigungen, die ihn zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich veranlassen, wegen Behauptung der Vernachlässigung der Dienstgeschäfte, und verwahrt sich auch gegen die ins Feld geführte vierstägige Abwesenheit. Er führt aus, daß er als Leiter der Wirtschaftsgenossenschaft auch die Pflicht habe, nach deren Auflösung die getätigten Abschlüsse zu Ende zu führen, und daß die umfangreichen Gemeindegeschäfte auch seine öftere Abwesenheit bedingen zur Erledigung von persönlichen Rückfragen und auch zur Teilnahme an Sitzungen. Daß die Kartoffelversorgung der Gemeinde Dittersbach bisher noch nicht versagt habe, sei einzig und allein seinem persönlichen Eingreifen zu verdanken, und seine Reisen seien größtenteils im Interesse der Kartoffelversorgung unternommen worden. Schöffe Koeßler findet in den Ausführungen des Bürgermeisters keine Entlastung seiner Anschuldigung und hält sein Mißtrauensvotum aufrecht. Gemeindevorordneter Mischke erklärt, er sehe persönlich nicht hinter dem Mißtrauensvotum, und meint, daß die Ausführungen des Bürgermeisters noch nicht alles das geklärt hätten, was Aufklärung erheische. In Bezug auf Zuneigung der Dienststunden durch den Bürgermeister geht sein Standpunkt dahin, es könne nicht verlangt werden, den Bürgermeister immer im Dienste anzutreffen. Nach kurzer Schlussdebatte verlangt Bürgermeister Biol nochmalige Vorlesung des Mißtrauensvotums der Sozialdemokraten, und erklärt, daß er die Konsequenzen daraus ziehen werde. Schöffe Bergmann erklärt, daß die bürgerlichen Vertreter nicht hinter der Resolution stehen.

Hierauf wurde beschlossen, die zur Erhöhung der Sterbegelder für die Mannschaften der Freiwilligen Feuerwehr beantragten Zuschüsse von 600 Mk. gegen 300 Mk. des Vorjahres — zu bewilligen. Genehmigt wird ferner die Vorlage betr. Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 125 000 Mk. bei der Gemeinde-Sparkasse, bei 5prozentiger Verzinsung für die Gemeinnützige Baugesellschaft. Hierzu nehmen Gemeindevorordneter Werther, Schöffe Koeßler, Gemeindevorordneter Mischke und Frieler. Wohl das Wort. Sie haben bei Vergütung von Arbeiten für die Neubauten auch das heimische Handwerk gebührend zu berücksichtigen. Gemeindevorordneter Mischke beantragt, mit den hiesigen Bauhandwerkern ständig in Fühlung zu bleiben, damit sie sich für die späteren Arbeiten einzurichten vermögen. Die Anfrage des Gemeindevorordneten Werther betr. Gründung einer Produktiv-Baugenossenschaft wird seitens des Vorsitzenden dahingehend beantwortet, daß angesichts des unsicheren Warenmarktes gegenwärtig eine derartige Baugesellschaft nicht empfohlen werden kann.

Die Waghelder für die am 1. April des künftigen Jahres in Tätigkeit getretenen Mitglieder der Einwohnerwehr in Höhe von etwa 3000 Mk. einschließlich der sächlichen Kosten werden vorläufig gemeindefeindlich übernommen. Der Antrag des Gemeindevorordneten Schiller, allen denjenigen Wachmannschaften, denen durch die Dienstleistung bei der Einwohnerwehr der Verdienst entgangen ist, pro Tag eine Entschädigung von 20 Mk. neben der Löhnung zu gewähren, wurde angenommen. In den Ortsausschuß des sächlichen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden gewählt Bürgermeister Biol, Schöffe Hain, Gemeindevorordneter Mischke, der Fürsorgearzt und je ein Vertreter der drei Schulen, je eine Vertreterin der Frauenschulkommission, der Evangelischen Frauenhilfe, des St. Vinzenzvereins und je ein Vertreter der drei hiesigen großen Etablissements. Einen ausführlichen Bericht über die Walderholungsstätte erstattete Schöffe Hain. Die erforderlichen Mittel für die Planierung des zur Aufstellung der Barade bestimmten Geländes werden bewilligt. Ueber die Errichtung eines geeigneten Spielplatzes hinter dem Etablissement Grundstück referierte Schöffe Bergmann. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

\* Ober Waldenburg. Goldene Hochzeit. Der Polizei-Sergeant A. D. Josef Lux feiert mit seiner Ehefrau am 22. Mai das Fest der goldenen Hochzeit. Das Ehepaar erfreut sich noch geistiger und körperlicher Gesundheit. Ein fröhliches „Glückauf“ dem Jubelpaare.

# Ober Salzbrunn. Ernennung. Bergverwalter Stephan von der Dabidgrube wurde zum Berginspektor ernannt.

# Charlottenbrunn. Vom Bade. Der im Winter auf ein beschränktes Maß herabgeleitete Badbetrieb hat sich schon mächtig gehoben. Die Zahl der Kurgäste beträgt 644, die der mit längerem Aufenthalt hier weilenden 424, zusammen 1068 Personen. Am Pfingst-Sonntagabend, abends, beginnen die regelmäßigen Konzerte unserer Kapelle, und mit ihnen der volle Sommer-Badbetrieb. Die Verpflegung ist durch große Einkäufe von Nahrungsmitteln seitens der Gemeinde für die Ortsbewohner wie auch für die Kurgäste sichergestellt. Zur Zeit praktizieren vier Ärzte in unserem Kurort.

### Bunte Chronik.

Die neuen Reigen.

Wir lesen im „Br. Extr.“: Ein merkwürdiges Geschlecht ist heraufgekommen und hat seltsame Umgestaltungen mitgebracht. Vor einigen Tagen kam eine Gesellschaft in das Johann-Strauß-Theater und besetzte mit einigem Geräusch eine Balkonloge. Der erste Akt hatte gerade sein Ende gefunden. Während der Zwischenpause erschienen zwei Herren bei Direktor Müller und trugen ein — vielleicht noch nie dagewesenes — Anliegen vor: Wiederholung des ersten Aufzuges! Der Direktor der Operettenbühne läßt sich nicht leicht verblüffen. . . Diesmal sah er fassungslos da und konnte „nicht papp-jagen.“ Die Wendung stammt von Lessing, der für solche Spezialitäten aus des lieben Herrgotts Tiergarten wohl das richtige Wort gefunden hätte. Während Herr Müller sich von seiner Verästelung erholt, beeilten sich die kuriosen Gäste mit der Erklärung, sie verlangten die Wiederholung des ersten Aktes nicht umsonst, sie seien bereit, dafür das vom Direktor zu bestimmende Honorar zu leisten. Geld spiele keine Rolle. . . ob eine Loge dreihundert oder breitaufend Kronen koste, sei gleichgültig. Man will aber doch wissen, wofür man das Geld ausgegeben hat. Und ohne ertrennend zu kennen man sich nicht aus. . . Direktor Müller machte der sonderbaren Unternehmung ein rasches Ende, damit die Herren nicht — auch den zweiten und dritten Akt versäumten.

Unverwundlich!

Die Kaiserin Eugenie ist jetzt fast 94 Jahre alt. Sie hat, nachdem sie nicht nur den Zusammenbruch Frankreichs bei Sedan erlebt hatte, 48 Jahre später den französischen Sieg erleben dürfen. Gegenwärtig reist sie, wie wir dem „Figaro“ entnehmen, in Spanien. Sie hat dort ihren Neffen, den Herzog von Alba, in Sevilla besucht und wird sich nach Granada und nach dem Schloß Teba in Andalusien begeben, wo sie vor bald 94 Jahren zur Welt kam. Die Kaiserin hat in Sevilla einem Stierkampf beigewohnt, sich die herboragenden der beteiligten Stierkämpfer vorstellen lassen und Erinnerungsgeschenke an sie verteilt. Vorher hatten der König und die Königin von Spanien mit ihren Kindern die rüstige alte Dame besucht. — Sarah Bernhardt ist noch nicht ganz so alt wie die Witwe Napoleons III. Sie gibt nur 76 Jahre an. Bekanntlich aber hat vor einigen Jahren, nach einer Operation, ihr ein Bein durch ein Holzbein ersetzt werden müssen. Sie spricht noch immer und wird auch in einer Wohltätigkeitsvorstellung, die in der Großen Oper zum Besten der russischen Flüchtlinge veranstaltet wird und sehr glanzvoll werden soll, mitwirken. Auf dem Programm steht: „La nuit de Mai“, von Alfred de Musset; der Poet: Madame Sarah Bernhardt; die Musik: Madame Ida Rubinstein.

### Bankhaus Eichhorn & Co.,

Gegründet 1728. Telephon Nr. 35. Filiale Waldenburg i. Schl., Freiburger Str. 23a. An- u. Verkauf, Aufbewahrung u. Verwaltung von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und Kuxen. Annahme von Geldern zur günstigsten Verzinsung. Annahme und Verzinsung von Beamtengehältern im Ueberweisungswege.

Vermögens- und Nachlass-Verwaltung, Vermietung von Schrankfächern unter eigenem Verschluss der Mieter. — Beleihungen — Wechsel-diskont. — Kontokorrent- und Scheck-Verkehr.

### Städtischer Sauerkraut-Verkauf.

Im Bartschke's, Schenkerstraße, findet Donnerstag früh von 8 Uhr ab wieder ein Verkauf von Sauerkraut und eingefalzenem Blaukraut an hiesige und auswärtige Käufer in beliebigen Mengen statt. Die Preise betragen für Sauerkraut 40 Pfg., für Blaukraut 50 Pfg. je Pfund.

Waldenburg, den 19. Mai 1920.

Der Magistrat. A. XIV.

### Dittersbach.

Die Beglaubigung der Invaliden, Alters-, Witwen- u. Renten-Quittungen hat wieder am 1. Juni d. J. zu erfolgen. Die Empfänger der Renten werden hiermit aufgefordert, die Quittungen alsbald im Zimmer 4 abzugeben. Dittersbach, 18. 5. 20. Der Gemeindevorsteher.

### Nieder Herrnsdorf.

Für die voraussichtlich Mitte Juni in Betrieb kommende Kinder-Walderholungsstätte wird ein Wärter-Ehepaar

gesucht. Bevorzugt werden in der Krankenpflege bewanderte Persönlichkeiten. Die Ehefrau hat unter Anleitung der vorstehenden Diakonistin die für 33 Köpfe berechnete Anstaltsküche zu bewirtschaften. Es wird freie 2-Zimmer-Wohnung, freie Heizung und Beleuchtung, sowie freie Verpflegung aus der Anstaltsküche gewährt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind mit unter Angabe der Barlohn-Ansprüche bis zum 30. d. Mts. einzureichen. Nieder Herrnsdorf, 17. 5. 20. Der Gemeindevorsteher.

### Schirm-Reparaturen

billig (Heinrich-Charlottenbr.) Straße 1, 3. Etage.

Handschrift deutet, 2. — M. Graphologe Schneeweiß, Berlin, Elbasser Straße 19.

Viele vermög. Damen würden sich bald glückl. zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Verm., erhalten sofort Auskunft durch „Union“, Berlin, Postamt 37.

Kluge Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. Nehmen Sie bei Regelstörung, meine auch in verzweifeltsten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überrascht und mir dankbar sein. Diskr. Versand mit Garantie, vollk. unschädlich, andernfalls Geld zurück. Wirkung in 3 Tagen. O. Hansen, Hamburg, Weidenallee 50.

### Fleischausgabe.

In der Woche vom 17. 5. bis 23. 5. 1920 werden ausgegeben: gegen Fleischkartenabnahme 1—10 (Kinderkarten die Hälfte 1—5) 75 Gramm Fleischfleisch, 50 Gramm Wurst, nach den auf der Preistafel angegebenen Preisen, 50 Gramm Corned-Beef zum Preise von 1,20 M., ferner gegen Abschnitt 4 B und C der Lebensmittelzufuhrkarte: 150 Gramm amer. Schweinefleischprodukte zum Preise von 4,25 M., 50 Gramm Hartseife zum Preise von 1,25 M. Waldenburg, den 19. Mai 1920.

Der komm. Landrat.

### Dittersbach.

Formulare für die Steuer-Erklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, welche bis 20. Mai dem Finanzamt einzureichen sind, werden in der hiesigen Verwaltung, Zimmer 3, abgegeben. Dittersbach, den 15. 5. 20. Der Gemeindevorsteher.



schußgerecht vor ihm. Der Leutnant hat alles andere um sich herum vergessen. Die Kutsche an die Waage — bangt! halt! der Schuß, der erste im Treiben, durch das Revier, und der Zwölfsender liegt unterm Feuer.

Entgermaßen bestommen wird dem Schützen nun doch zu Mute. In ihm kämpft der Jägerstolz über den erlagen König des Waldes mit der Besorgnis vor den kommenden Folgen. Die lassen denn auch nicht auf sich warten. Der Forstmeister kommt herzu. Leutnant v. B. kann ein verlegenes Lächeln nicht unterdrücken. Aber, was tut's? denkt er. Es ist geschöhen, und gar so schlimm wird's ja nicht werden. Doch nun geht es über ihn her. Der Forstmeister nennt es „eine unerhörte Vergehensart.“ „Nächstlich muß ich Seiner Hoheit Mitteilung machen, die Folgen haben Sie sich selber zuzuschreiben.“ Reigt plötzlich die Hand an den Hut und läßt den Unbekannten stehen.

Zwei Tage darauf wird Leutnant v. B. zur Audienz befohlen. In Helm und Schärpe begibt er sich durch die Straßen der Stadt ins Schloß. Die Kammeranten, die ihm beggogen, werfen ihm vielsagende Blicke zu, sein Hauptmann grüßt ihn steif. Jeder weiß, um was es sich handelt. Was die nur wollen! denkt der junge Offizier. Den Kopf kann's doch nicht kosten. — Nun ja, man wird sich ein anderes Mal mehr vorsehen.

Die junge Tochter des Obersten, die mit ihrer Mutter vorübergeht, sieht ihm bedauernd nach. „Der arme Mensch!“ sagt sie. „Ach was, der wird sich schon herausreden!“ meint die Mutter.

„Leutnant v. B.“ ruft der Adjutant ins Vorzimmer hinein.

Und jetzt steht der junge Mensch dem Herzog gegenüber. Alle Wetter ja, die Miene deutet freudlich auf Unheil!

Eine Weile sieht der Fürst den Leutnant mit strengem, prüfendem Blicke an. Dann legt er los. Es ist weniger der Herzog, der da spricht, als der auf's tiefste verlebte Jagdherr. Sein Zwölfsender kann zu glauben! Sich so über die ausdrückliche Willensmeinung des Jagdherrn hinwegzusetzen! Ein höchst bedauerlicher Mangel an Selbstbeherrschung! Man dürfe nicht erwarten, je wieder zu einer Hofs Jagd eingeladen zu werden. Damit sei es nun ein für alle Mal vorbei.

Leutnant v. B. läßt alles geduldig über sich ergehen.

„Es ist gut!“ sagt der Herzog.

Der junge Offizier steht bombastisch.

„Wollen Sie mir noch etwas sagen?“

„Gestatten Sie mir Höflichkeit eine Bitte —“  
„Recht will er sich wohl entschuldigen, denkt der gestrenge Herr. Nun gut, es jagt innerlich von Reue — die Jagdleidenschaft hat ihn hingerissen, das kann man verstehen —“

„Sprechen Sie!“

Es kommt ein lebenswürdig-freundlicher Zug in das Gesicht des jungen Offiziers.

„Könnte ich dann wohl das Geweih bekommen?“ fragt er unvershoren.

Werkwürdigerweise stürzen die Wände nicht zusammen.

Man muß vielleicht Jäger sein, um die bodenlose Frechheit zu verstehen, die unter den gegebenen Umständen in dieser Bitte lag.

Der Herzog sieht dem glückselig-unglücklichen Schützen jählich ins Gesicht, einen Augenblick wie erstarrt.

„Nein!“ erwidert er dann schroff und verläßt den Saal.

Damit war die Angelegenheit wohl abgetan. Doch nein, noch nicht ganz. Einige Tage später fährt der Herzog mit dem Forstmeister zu einer Pirschjagd aus. Wundervolles Jagdwetter. Zwei Hirsche zur Strecke

gebracht. Einer Achtsender und einen Zehnsender. Auf der Rückfahrt sagt der Herzog:

„Übrigens, der junge B. hat die Dreistigkeit gehabt, mich um das Geweih des Zwölfsenders zu bitten.“

Der Forstmeister blickt in das Gesicht seines Herrn mit einem Ausdruck der Empörung über solche Unverschämtheit. Und da fährt der Herzog fort:

„Ich würde mich ja doch nur jedesmal ärgern, wenn ich es in der Waffenhalle hängen sehe. Geben Sie's ihm!“

## Bunte Chronik.

### Mißglückter Geldschmuggel.

In einer Berliner Austerlube wurden der Sohn eines Proturisten eines Berliner Bankhauses und zwei ehemalige Offiziere, die bei einer Militärpolizeistelle beschäftigt waren, festgenommen, als sie für eine halbe Million rotgestempelter Tausendmarktscheine, für die ein Aufschlag von 40 Mk. das Stück gezahlt werden sollte, einem Käufer übermitteln wollten. Das Geld, das nach dem Ausland geschmuggelt werden sollte, wurde beschlagnahmt.

### Amerikas Herrenwelt in Schlosserlitten.

Die andauernde Steigerung der Preise für Herren-garderobe hat im Straßenbilde Newyorks bereits eine auffällige Veränderung heut vorgebracht. Man sieht tausende von Herren, die in alten, abgetragenen Kleidern gehen, die ihnen früher zum Verwechseln zu schlecht gewesen wären. Senator Sumners, der Bundesdeputierte von Texas, hat auch bereits den bei solcher Gelegenheit unvermeidlichen Verein gegründet, dessen Mitglieder sich stolz „Mitter vom Glücken“ nennen und sich verpflichten, lieber mit gut gekleideten Kleidern zu gehen, als sich bereit finden, durch den Ankauf von neuen Sachen der wucherischen Ausbeutung durch die Schneider Vorschub zu leisten. Aber auch die Mode hat in den Vereinigten Staaten aus der Not eine Tugend gemacht. Es gilt heute sogar schon als schick, „Overalls“ zu tragen, d. h. Anzüge aus dunkelblauer Leinwand, wie sie Schlosser und Heizer bei der Arbeit zu tragen pflegen. In allen Städten Amerikas schleichen jetzt „Overall Clubs“ wie Pilze aus der Erde. Die nationalen Vereinigungen gegen den Kleiderluxus zählen zu ihren Mitgliedern nicht nur Studenten, junge Kaufleute und Handwerker, sondern auch höhere Beamte und Richter, die sich nicht scheuen, bei der täglichen Berufsarbeit im „Overall“ zu erscheinen. Nachdem das Vorurteil einmal überwunden ist und sich das Auge an die Arbeiterkleidung gewöhnt hat, weiß man jetzt des Mühmens kein Ende über die praktischen Vorteile dieser billigen Anzüge, die von den Klubs in großen Posten angekauft und zu bescheidenen Preisen an die Mitglieder abgegeben werden. Und da das schöne Geschlecht inzwischen auch dahinter gekommen ist, daß der blaue Behnwardanz recht kleidsam ist und die Körperlinie und die Eleganz der Bewegungen ungleich besser zur Geltung bringt als die bisherige Herrenkleidung, so haben sich jetzt auch die amerikanischen Damen entschlossen, dem Beispiel der Herren zu folgen. Man demonstriert jenseits des Ozeans gegen die Teuerung aber nicht nur in Anzügen, sondern auch mit der Fußbekleidung. In Newyork hat sich bereits ein „Pantinenklub“ ausgetan, der seine Mitglieder verpflichtet, statt der teuren Stiefel holländische Holzschuhe zu tragen, die zwar etwas plump, dafür aber um so billiger sind und ihren Trägern gestatten, sich als städtische Pflastertreter so geräuschvoll wie möglich zu betätigen.

# Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 115.

Waldenburg, den 19. Mai 1920.

Bd. XXXVII.

## Durch Dämmergrau in der Liebe Land.

Roman von M. Knesche-Schöbau.

Nachdruck verboten.

(11. Fortsetzung.)

„Der Leute wegen!“ Klang es noch lange in Renates Ohr nach, als sie durch den lauen Sommerabend immer an der rauschenden Partnach entlang heimfuhren. Sie hatte nichts darauf erwidert und Frank schien das auch gar nicht anders erwartet zu haben. Mit halbgeschlossenen Augen lehnte er in den Wagenkissen, und nur das tastmäßige harte Aufstoßen seines Spazierstockes gegen den Rücksitz verriet, daß er nicht so ruhig war wie er scheinen wollte. Und sie war es erst recht nicht. Ihr bangte vor der Heimkehr in die Hauptstadt, vor den vielen neugierigen Blicken, mit denen man die so schnell angetraute Gattin des großen Künstlers betrachten würde, vor dem Zusammenleben im engen Rahmen der Häuslichkeit mit Frank, vor seinen Ansprüchen bei der Haushaltsführung. Wie viel Fehler würde sie da anfangs machen, wie viel Gehrgeld zahlen müssen! Aber gleich darauf schämte sie sich ihres Kleinmutes. Wer vor Fehlern bangt und sich im Voraus fürchtet, wird sich sicher niemals meistern, und das wollte und mußte sie doch. Daß große, schwere Aufgaben ihrer harren würden, das hatte sie schon am Tage seiner Werbung erkannt. Sie hatte die neuen Pflichten mit ihrem Jawort auf sich genommen, und nun galt es zu zeigen, daß sie ihnen gewachsen war. Mit wie vielem Schweren war sie im Leben fertig geworden, sollte sie hier am Erfolge verzagen? Alle Schwierigkeiten und Leiden waren letzten Endes doch nur dazu da, den Charakter zu stählen und die Entwicklung zu fördern. Dieser Gedanke hob ihren Mut und belebte die Hoffnung, daß daheim alles besser gehen würde, als es jetzt aussah. War sie nur erst wieder die Arbeitsbiene, dann würden sich alle Schwierigkeiten leichter überwinden. Nur das Drogenleben vertiefte sie schlecht. Das ließ zu viel Zeit zum Grübeln übrig, zu Verweilen mit ihrer ersten Hochzeitsreise, mit Richard, seiner Kortheit, seiner Güte, seinem gleichmäßigen, abgeklärten Wesen. — — —

### 9. Kapitel.

Die letzte Urlaubswoche wünschte Frank Wingolf im eigenen Heim zu verleben und so reiste das Paar Mitte August aus Oberbayern ab. In Nürnberg wurde noch ein kurzer Auf-

enthalt gemacht und in mittelalterlicher Romantik, für die Frank Wingolf empfänglich war, geschwelgt. Dann ging es ohne Unterbrechung heimwärts. In A. . . . erwartete sie der Kraftwagen am Hauptbahnhof und trug sie in rasender Fahrt nach Leopoldshöhe. Es war in vorgerückter Abendstunde, als sie dort ankamen. Das Landhaus war strahlend erleuchtet. An der Haustüre wurde das Ehepaar von der alten Köchin Luise und dem heute erst eingetroffenen neuen Zimmermädchen Rosa empfangen. Ihre Begrüßungsworte wurden vom Freudengetöse Trecks übertönt, der mit seinen ausgelassenen Sprüngen seine Herrin beinahe umriß.

Renate hatte auf ein herzliches Wort von Frank beim Eintritt in ihr neues Heim gehofft. Aber nichts dergleichen geschah. Es war, als käme ein schon jahrelang vermähltes Paar von einer Sommerreise heim. Dem widersprach allerdings der wieder überreiche Blumenschmuck, der in den Zimmern, besonders in Franks Studierzimmer, prangte. Die prachtvollen Blumenkörbe, Sträuße und Topfgewächse nahmen seine Aufmerksamkeit so in Anspruch, daß er, ohne den Reifemantel abzulegen, den Hut noch auf dem Kopfe, sie eingehend betrachtete und die daran gesteckten Karten las. Auch seine Frau schien er ganz verzaubert zu haben. Sie stand mit schlaff herabhängenden Armen noch immer in der Diele und kam sich unsäglich verwaist und aschenbrödelhaft vor. Da bemerkte sie, daß die alte Luise mit dem Stubenmädchen einen vielsagenden Blick tauschte und der gab ihr die Haltung wieder. Sie winkte dem Mädchen, ihr die Sachen abzunehmen und fragte die Köchin, wo sie den Tisch zum Nachtmahl gedeckt habe.

„Im Speisezimmer, gnädige Frau! Im Leerraum war es heute so arg drückend und schwül, daß ich glaubte, die Herrschaften würden lieber im kühlen Wohnzimmer speisen. Ich habe auch nur kalte Küche vorbereitet, so wie es der alte Herr liebt, wenn er nach dem Theater nach Hause kommt. Oder wünschen die gnädige Frau eine warme Eierbeis' als Vorgericht?“

„Nein, nein, es genügt vollkommen so“, wehrte Renate ab, nahm den Hund am Halsband und stieg mit ihm die Dielentreppe hinauf, um sich in ihr Schlafzimmer zu begeben und dort den Reifestaub von Gesicht und Händen zu entfernen. Die angebotene Hilfe des Stubenmädchens lehnte sie ab und vertiefte sie an Wingolf, der ihrer vielleicht bedürftig wäre. Ihr Schlafzimmer lag neben dem ihres



Mannes. Es war vorher sein Speisezimmer gewesen und auf seinen ausdrücklichen Wunsch hierher verlegt und ganz neu und der Einrichtung des feinen entsprechend eingerichtet worden. Renates Schlafzimmereinrichtung aus ihrer ersten Ehe war für die beiden Gastzimmer des Hauses, von denen eines im Erdgeschoß, das andere im Turmzimmer des ersten Stockwerkes lag, verwendet worden. Das darüber liegende Turmzimmer hatte sich Renate mit ihren eigenen Möbeln als Arbeitszimmer eingerichtet. Das alles war noch vor der Hochzeit von ihr angeordnet worden. Frank hatte die Neueinrichtung des Hauses noch nicht gesehen. Es tat ihr weh, daß er keinerlei Eile bezeugte, sie zu besichtigen, denn sie hatte sich mit Liebe der Aufgabe gewidmet und in jeder Weise seine Bequemlichkeit und seine Gewohnheiten berücksichtigt.

Während sie vor dem großen Ankleidespiegel ihren Anzug ordnete und das Haar alalt strich, hörte sie Frank mit dem Stubenmädchen die Treppe heraufkommen und gleich darauf sein Schlafzimmer betreten.

„Nun lassen Sie mich gefälligst in Ruhe. Sie wandelndes Fragezeichen!“ hörte sie ihn ungeduldig zu dem Mädchen sagen. „Meine Wünsche betreffs meiner persönlichen Bedienung wird Ihnen meine Frau mitteilen. Ich wünsche so wenig wie möglich behelligt zu werden. Merken Sie sich das. Und nun sagen Sie der Köchin, daß in zehn Minuten angerichtet werden kann.“

Kurz darauf wurden die Messingringe des dicken, moosgrünen Kriessvorhanges, der hüben und drüben an der Verbindungstür der beiden Schlafzimmer angebracht war, klirrend zusammengehoben und an Renates Tür geklopft.

„Fertig, Renate? Darf ich eintreten?“ erkante Franks Stimme. Auf ihre bejahende Antwort öffnete er die Tür und teilte nun diesseits den Vorhang mit kräftigem Auf. „Himmel, welche Vorsichtsmaßregeln! Hast Du geglaubt, ich schmücke wie ein Klüpfel?“

„Nein! Ich trug nur Deinen Wünschen betreffs möglichst sicheres Türverschlusses Rechnung. Ich bin bereit, wenn Du zu Tisch gehen willst.“

„Einen Augenblick noch“, sagte Frank, sich im Zimmer umsehend und dann zufrieden mit dem Kopfe nickend. „So ist's recht! Und ich hoffe, Du wirst Dich wohlfühlen in dem großen Raume und mir Dank wissen, daß ich das Turmstübchen als Dein Schlafzimmer nicht gelten ließ.“

Er blieb vor ihr stehen und ließ seine Augen mit einem Ausdruck auf ihr ruhen, als erwarte er ein Wort der Anerkennung, des Dankes für die neue, sehr schöne Einrichtung des Zimmers. Dagegen lehnte sich aber ihr Empfinden auf, denn sie hatte ja diese Neueinrichtung keineswegs gewünscht; im Gegenteil, ihr bisheriges gemütliches und einfaches Schlafzimmer wäre

ihr bei weitem lieber gewesen. So sagte sie nur mit angenommenem Gleichmüte: „Ich werde mich erst an diese Ueppigkeit gewöhnen müssen. Sie steht in zu großem Widerspruch mit meinen bisherigen Lebensgewohnheiten.“

„O, hab' keine Sorge! Daran gewöhnt man sich schnell! Ich weiß es aus Erfahrung. — Aber Du bist ja noch im Reisefleide! Warum hast Du es Dir nicht bequem gemacht?“

„Auch das bin ich nicht gewöhnt, lieber Frank. Du siehst, Du wirst viel Geduld mit mir haben müssen.“

„Ja, das wird wohl in der ersten Zeit auf beiden Seiten nötig sein. Nur bin ich dafür, uns immer alles ehrlich zu sagen, was uns am andern nicht gefällt und alle Empfindlichkeit dabei auszuschließen.“

„Selbstverständlich!“ nickte Renate. „Du, sag das nicht so leichtsinnig hin! Denn selbstverständlich ist's gar nicht, daß eine Frau sich ohne Verstimmung sagen läßt: du kleidest dich nicht nach meinem Geschmack. Das heißt: ich meine damit, daß ich Dich im Hause, besonders abends, in weichen, fließenden Gewändern sehen möchte. Auch fände ich es sehr viel netter, wenn Du Dir Dein Haar lockerer aufstecken würdest. Diese schlichte Scheitelfrisur gibt Dir etwas so Strenges, das gar nicht Deinem Wesen entspricht.“

Renate hatte ihm ohne alle Empfindlichkeit zugehört und lachte jetzt hell auf.

„Lieber Frank, ich will mir ganz gewiß Deine Wünsche merken, aber ist's unbedingt notwendig, sie mir hier zwischen Tür und Angel, gleich in der ersten Stunde unserer Heimkehr und — auf hungrigen Magen zu versetzen?“

Nun lachte auch er.

„Du hast recht, Renate! Ich bin ein Querkopf! Aber das ist so meine Art, immer geradeheraus zu sagen, was ich denke, ganz gleich ob Ort und Stunde dafür passend sind. Es fiel mir auf, daß Du in Deinem grauen Reisefleide nicht in den Rahmen dieses Zimmers paßttest und da — — —“

„Sag ruhig: der ganzen Umgebung! Doch nun komm! Hoffentlich verdirbt Dir meine unpassende Erscheinung nicht die Eklust!“

„Da haben wir's ja! Sagt ich's nicht, daß Frauen Bemerkungen dieser Art nicht vertragen?“ rief er überlegen lächelnd aus, um dann hinzuzufügen: „So, nun leg mal hübsch artig Deine Hand auf meinen Arm. Es macht sich so netter, wenn wir die Treppe hinabsteigen. Schon der Leute wegen.“

„Der Leute wegen!“ mußte Renate wieder denken. Welchen Wert legte er doch auf Außerlichkeiten. Selbst hier zu Hause vor den Diensthöfen.

„Hübsch, sehr hübsch! Ganz wie ich es liebe!“ lobte er, befriedigt den zierlich gedeckten Tisch mit den verschiedenen kalten Platten und der

brodelnden Teemaschine unter der goldgelb verschleierte Hängelampe mustern.

„Nicht mein Verdienst!“ lehnte Renate ab und entfaltete das Mundtuch. „Das Speisezimmer ist genau so geblieben, wie es oben war, und den Tisch hat Deine alte Luise besetzt. Aber wenn es Dir recht ist, werde ich in Zukunft das Röstbrot hier am Tische bereiten und belegen. Ich finde es gemüthlicher.“

„Aber sicher! Und dann spülst Du wohl auch nach Tisch die China-Tassen höchst eigenhändig hier im Zimmer, was? Das denke ich mir riesig nett, wenn ich mit meiner Zigarre dort in dem Klubfessel sitze und Dich so hausfraulich um mich walten sehe. Ich höre schon im Geiste die weiche Seide Deines Gewandes rauschen und das keine Alirren des Porzellans.“

Renates Mund umhüllte ein vergnügliches Lächeln. Jetzt war er wieder ganz Schönheitswärmer, was aber nicht hinderte, daß er eine sehr sorgsame Auswahl unter den lecker belegten Brötchen traf und es sich herrlich schmecken ließ. Er befand sich anscheinend in behaglichster Laune und plauderte angeregt und geistreich von allem Möglichen. Dabei erwähnte er auch, wer alles Blumen und Karten zum Willkomm geschickt hatte, obgleich nur der Beamte in der Schreibstube von seiner Ankunft gewußt hatte.

„Also daher die strahlende Laune?“ dachte Renate und folgte dann willig seiner Aufforderung, die Blumenspenden sich näher anzusehen. Dann aber bat sie, sich zurückziehen zu dürfen. Sie fühlte sich ermüdet von der Reise und sehnte sich nach dem Alleinsein.

„Für heute will ich Dich beurlauben, aber sonst ist eine so frühe Schlafenszeit im Hause Wingolf nicht üblich, Renate! Auch etwas, an das Du Dich erst wirst gewöhnen müssen, nicht wahr?“

Das sollte scherzhaft klingen, aber die leicht gefurchte Stirn und der Herrscherblick der großen, wie Stahl blinkenden Augen verdaß die Wirkung und ließ sie das neue Abhängigkeitsverhältnis fühlen. Sie rang ihre Verstimmung nieder, zwang sich zu einem unbefangenen, heiteren „Gute Nacht“ und begab sich auf ihr Zimmer. Aber kaum hatte sie die Tür hinter sich geschlossen, da hob sie beide Hände an die Schläfen, schloß die Augen und atmete tief und schwer. Es war doch schwieriger, als sie gedacht hatte, diese Zwitterstellung als Hausdame mit dem Ehering am Finger und einem Herzen, das — — —

Drunten in der Küche beim Abwaschen des Geschirrs tuschelten die Köchin und das Stubenmädchen über die neue Herrin.

„Sehr glücklich schaut sie nicht aus, diese „Junge Frau“, meinte Rosa. „Und was der Herr ist, der scheint sich wenig genug aus ihr zu machen. Dieß sie da einfach in der Halle stehen, tief davon in sein Zimmer, heroch alle Blumen

und las die vielen Karten und Briefe, als wenn sie von lauter Herzallerliebsten kämen. Na, ich, wenn ich die Frau gewesen wäre, ich hätte das ihm schon geigen wollen.“

„Ach, bummer Schnack!“ murkte die Köchin und nahm einen tiefen Schluck aus dem Kaffeetopfe. „Der Herr ist gut und sie kann froh sein, einen solchen Mann gekriegt zu haben. Der hätte eine Prinzessin von Geblüt haben können und eine Gräfin auch. Sie sind ja alle ganz toll auf ihn. Man munkelt allerlei, warum er so Hals über Kopf habe heiraten müssen — na, ich will nichts gesagt haben. Aber wenn die nicht glücklich sein will, dann weiß ich nicht, wer's sein soll. Was war sie denn? Die Witwe von so einem Federfuchser, und gewohnt hat sie da drüben in dem Gartenhäuschen, und wie Schmalhans als Küchenmeister herrscht, wird sie wohl wissen.“

(Fortsetzung folgt.)

## Der Zwölfender.

Eine kleine Geschichte  
von Felix Freiherr von Stenglin.  
Nachdruck verboten.

Wieviel man mit Dreistigkeit erreichen kann, müssen wir schlichtesten Leute immer wieder mit einiger Verwunderung erkennen.

Nunso dazumal konnte man vergleichen besonders bei jungen Leuten beobachten, die zur Jagd eingeladen werden wollten. So ein leidenschaftlicher Jäger gerät in Versuchung, die ewige Seligkeit hinzugeben für die Erlaubnis, einen Rebhuhn oder einen Hirsch zu schießen. Unser Leutnant v. B. leistete darin das Menschenmöglichste. Er war stolz auf die Jagdtrophäen in seinem Zimmer, die Gehörne und Geweihe, die ihm oft höchst ungern von den Jagdherrn überlassen worden waren. Immerhin waren wir trotz allem verblüfft, als es eines Tages hieß, er sei zur Hofjagd eingeladen worden, denn das wurde sonst nur würdigen älteren Herren zuteil. Seine Verwandtschaft mit dem Divisionskommandeur mochte ihm zutratten gekommen sein.

Nicht genug hiermit! An diesem Ziele angelangt, schritt er furchtlos auf seiner Bahn weiter.

Vor dem ersten Treiben versammelte der Forstmeister die Jagdgäste um sich und schärfte ihnen den Befehl des Herzogs ein, wonach keine starken Hirsche geschossen werden durften. Diese nämlich — besonders einen stattlichen Zwölfender — habe der gnädige Herr sich vorbehalten. So war es immer gewesen, und man fand das Angesichts der Freude, die der Landesherr am Waldbert hatte, sehr begreiflich.

Leutnant v. B. steht auf seinem Posten. Na, viel wird wohl nicht kommen, denkt er, mir werden sie wohl den schlauesten Platz gegeben haben! Das Treiben beginnt. Es ist ein wundervoller Herbstmorgen, die Nebel haben sich verzogen, man spürt neue Kräfte in sich, die Vorfreude auf köstliche Ereignisse verfeht das Herz in lebhaften Schwingungen. Die gute Wäsche schupfbereit im Arm, steht er da und rührt sich nicht.

Da — kommt traut er seinen Augen, zwischen dem Stangenholz nähert sich ihm ein kapitaler Hirsch. Der junge Leutnant gerät in einen Taumel des Entzückens, alle Fibern sind in Bewegung. Er hat gar keine Zeit, sich zu bestimmen. Jetzt steht der Hirsch







Am Pfingstsonnabend, den 22. Mai 1920,

sind die unterzeichneten Banken für jeden Verkehr

**geschlossen.**

Communalständische Bank für die Preussische Oberlausitz

Zweigniederlassung Waldenburg i. Schles.

Deutsche Bank Zweigstelle Waldenburg. Eichhorn & Co., Filiale Waldenburg i. Schl.

## Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Verein erklärt hierdurch, daß seine Mitglieder

die staatliche preussische Gebührenordnung für Aerzte

nicht mehr anerkennen und von heute ab ihre Tätigkeit für Private und für Behörden und Korporationen, mit denen sie nicht im Vertragsverhältnis stehen, nach den Sätzen der

Allgemeinen deutschen Gebührenordnung für Aerzte berechnen werden.

Waldenburg, den 15. Mai 1920.

Verein der Aerzte des Kreises Waldenburg G. V.

Milisch.

Hochwald □ J. O. O. F.  
Donn. 20. Mai, abds. 7 Uhr:  
Cand.-E.

### Geldverkehr

**20 000 Mark,**

mindestens, per 1. Juli oder auch etwas früher zu vergeben. Offerten unter O. P. in die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Privatmann

gibt Geld darlehnen jedermann, günstige Bedingung. Mellor, Berlin, Brückenstraße 8.

### Zu vermieten

Meister Herr findet gute Schlafstelle in möbliertem Zimmer bei Karl Winkler, Kreuzstraße 5, II.

### Mietgesuche

**Möbl. Zimmer**

mit oder ohne Verköstigung für meinen Gehilfen sofort gesucht. Heinrich Nörger, Uhrmacher.

Gesucht schöne 4-Zimmerwohnung in Waldenburg im Tausch gegen elegante 4-Zimmerwohnung in Breslau, Südviertel, Nähe Hauptbahnhof, elektr. Licht, 3 Balkone, niedrige Miete. Schnellste Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter V. 101.

### Kleine Anzeigen

wie:

Geldgesuche und -Angebote, Verläufe, Kaufgesuche, Stellengesuche und -Angebote usw. usw. finden in der

„Waldenburger Zeitung“ zweckentsprechende Verbreitung.

Sonnabend vor Pfingsten  
den 22. Mai 1920

bleiben unsere Kassen und Büros

**geschlossen.**

Waldenburger Handels- u. Gewerbebank

e. G. m. b. H.

A. Geyer's moderne Tanzschule,  
Telephon 1089. Waldenburg. Gartenstr. 3a.

2. Pfingstfeiertag, nachmittags 3 Uhr:

**Gesellschaftsstunde**

im Saale der Gorkauer.

Eintrittskarten schon vorher in der Wohnung.

Gasthof zur „Stadt Friedland“.  
Ausverkauf von Schultheiß-Bier.

Café Herfort

Inh.: E. Stadnowski.

Jeden Donnerstag ab 7 Uhr:

Bestklassiges **Künstlerkonzert**

Spezialität: Bio-Getränke.

**Fst. Preisselbeeren,**

==== tafelfertig, ====

empfiehlt

**Friedrich Kammel.**

Deutsche demokratische Partei,

Ortsgruppe Waldenburg i. Schl.

**Große öffentliche Versammlung**

am Freitag den 21. Mai 1920, abends 7½ Uhr,  
im Saale der „Gorkauer Bierhalle“.

Redner: Pastor **Moering**, Breslau.

Thema: **Die Welle der Demokratie.**

**Hausbesitzer-Verein Waldenburg**

(Eingetragener Verein.)

**Monats-Versammlung**

Freitag den 21. Mai 1920, abends 8 Uhr,  
im Gasthof „zu den drei Rosen“, am Markt.  
Der Vorstand.

**Orient-Theater.**

Nur noch heute Mittwoch  
und morgen Donnerstag

der  
größte und wichtigste Film Deutschlands:

**Madame Dubarry!!!!**

Ein Filmwerk aus der  
französischen Revolutionszeit König Ludwigs XV.

In den Hauptrollen:

**Pola Negri, Harry Liedtke, Reinhold Schünzel.**

7 Akte.

**Madame Dubarry**

gehört zweifellos zu den größten Leistungen der  
deutschen Filmkunst.

Amerika erwarb diesen Film für 9 000 000 Dollar.

Für Abwechslung sorgt der  
Wildwest-Einakter:

**Der Posträuber.**

Verstärktes Orchester,  
erstklassige Kräfte (Leitung Herr Meiwald).

**Deutsches Landes-Theater.**

Kunstl. Leitung: H. Oberreich.

Dienstag den 25. Mai 1920, abends 8 Uhr,  
Hotel „Goldenes Schwert“:

Vor dem Kriege verboten! Erst mit Aufhebung der Zensur frei geworden!

**Aus dem Tagebuch  
einer Verlorenen!**

Der Roman einer Halbwitwe in 4 Aufzügen v. E. N. Dreger.  
Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Vorverkauf: Sperrsitze 5,00 M., 1. Platz 4,00 M., 2. Platz 3,00 M.  
Abendkasse: 0,50 M. Zuschlag. Preise excl. städt. Billettsteuer.

Galerie nur an der Abendkasse 2,50 M.

Der Gesamtvorverkauf findet b. Herrn Kaufm. Hahn, Freib. Str., statt.

Hierzu eine Beilage und das Unterhaltungs-Beiblatt „Gebirgsblüten“.